

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuß

4. Sitzung
am Mittwoch, dem 18. September 1996,
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Uwe Döring (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

in Vertretung von Bernd Schröder

Bernd Saxe (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Torsten Geerdts (CDU)

Claus Hopp (CDU)

in Vertretung von Meinhard Füllner

Jost de Jager (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

in Vertretung von Thorsten Geißler

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Landtagsverwaltung

LP Heinz-Werner Arens

DirL Dr. Jürgen Schöning

RD Dr. Ursula Haaf

Ref. Uwe Grieger

Tagesordnung:	Seite
1. Bericht des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die 5. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum in Riga	4
hierzu: Umdruck 14/135	
2. Bericht des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten über die Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein 1995 - eine Übersicht -	8
Umdruck 14/43	
3. Jugendaustausch im Ostseeraum Bericht des	10
a) Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau	
b) Landesjugendrings	
4. Verschiedenes	13

Der Vorsitzende, Abg. Uwe Döring, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr, begrüßt die anwesenden Gäste und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Auf Wunsch des Landesbeauftragten für den Datenschutz wird die Beratung des 18. Tätigkeitsberichts von der Tagesordnung abgesetzt. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages über die 5. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum in Riga

hierzu: Umdruck 14/135

LP Heinz-Werner Arens teilt mit, daß die 5. Parlamentarierkonferenz über die Zusammenarbeit im Ostseeraum am 10./11. September 1996 in Riga stattgefunden habe. Vertreten gewesen seien die Parlamente von Dänemark, Finnland, Grönland, des gastgebenden Lettland, Polen, Karelrien, Rußland, • land, aus Deutschland Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Schleswig-Holstein und der Bundestag mit einem Vertreter sowie Vertreter des Europäischen Parlaments und des Nordic Council.

Auf der Tagesordnung hätten insbesondere die Beratungen der Entwicklung der parlamentarischen Zusammenarbeit seit der 4. Konferenz gestanden, die Umweltpolitik, ein Bericht über die Arbeit und die Programme des Ostseerates, ein Bericht über die Zusammenarbeit in der Region durch den schleswig-holsteinischen Europaminister Gerd Walter in seiner Funktion als Sprecher der Konferenz der Subregionen sowie ein Bericht über das Engagement der EU im Ostseeraum. Zudem sei vor und während der Konferenz eine Resolution diskutiert und erarbeitet worden, wie sie nun mit dem Umdruck 14/135 vorliege.

Die Erarbeitung dieser Resolution sei im Grunde eine der Hauptarbeiten der Konferenz gewesen; denn es sei nicht leicht, bei der heterogenen Zusammensetzung solcher Konferenzen zu einer Einigung zu kommen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag habe - ähnlich wie in der Vergangenheit - auch auf dieser Konferenz unterstrichen, daß er der parlamentarischen Zusammenarbeit der Ostseeanrainerstaaten Priorität einräume. Dies sei auch nach außen dadurch sichtbar geworden, daß jede Fraktion des schleswig-holsteinischen Parlaments einschließlich des SSW durch eine Delegierte beziehungsweise durch einen Delegierten vertreten gewesen sei.

In der Reference group, ein ständiges Komitee zur inhaltlichen Vorbereitung und technisch-organisatorischen Durchführung, wie auch im Redaktionsausschuß sei der Schleswig-Holsteinische Landtag vertreten gewesen und habe dort wirkungsvoll mitarbeiten können.

Er, LP Heinz-Werner Arens, sei nach wie vor der Überzeugung, daß die Ostseekooperation ebenso wie die europäische Zusammenarbeit insgesamt kein Geschäft sei, das allein in den Händen der Regierungen liegen dürfe. Als unmittelbar gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter seien die Parlamentarier das Bindeglied zwischen der Exekutive und den Wählerinnen und Wählern. Hier habe ein Parlament seine Mittlerrolle zwischen Exekutive und Bürgerinnen und Bürgern zu spielen.

Die Parlamentarier hätten auf dieser Konferenz unterstrichen, daß sie den Ostseeraum als gemeinsame Zukunftsregion verstehen. Die Resolution bringe den grundsätzlichen Konsens in allen wesentlichen Politikfeldern zum Ausdruck. Dem Wortlaut sei aber auch zu entnehmen, daß die Übereinstimmung zumeist in allgemeiner Form gefunden habe. Das liege zum einen in der Natur internationaler Konferenzen, wo einerseits das Konsensprinzip für die Resolutionen gelte und andererseits stark divergierende nationale Interessen zum Beispiel zwischen den baltischen Staaten und Rußland im Bereich der Sicherheitspolitik bestünden.

Er, LP Heinz-Werner Arens, sei der Überzeugung, daß dann, wenn Ergebnisse solcher Konferenzen lediglich auf einem Mehrheitsvotum basierten, keine Ergebnisse erzielt werden könnten.

In den Berichten und Diskussionsbeiträgen sei aber auch deutlich gemacht worden, daß bei allen Fortschritten, die in den vergangenen Jahren erreicht worden seien, man noch weit vom gemeinsamen Ziel entfernt sei. Dringendste Aufgaben, wie beispielsweise die auch in der Resolution geforderten Maßnahmen zur Verringerung von Risiken bei der Lagerung von atomarem Müll, könnten aufgrund fehlender Finanzmittel gerade dort nicht wahrgenommen werden, wo das Risiko am größten sei. An einer Vielzahl von Beispielen sei auf der Konferenz deutlich gemacht worden, daß das gemeinsame existentielle Interesse in der Ostseeregion enger internationaler Zusammenarbeit bedürfe. Dies bedeute: ein wirksames EU-Programm auch für die Ostseeanrainerstaaten, die noch nicht EU-Mitglied sind, mehr Hilfe vom Westen, damit der Osten seine Probleme lösen könne, und das Eigeninteresse des "reichen Westen" am Abbau des Wohlstandsgefälles.

Schließlich habe er, LP Heinz-Werner Arens, sich auf der Konferenz auch für die Intensivierung der Jugendbegegnungen im Ostseeraum ausgesprochen. Er habe angeregt, diese

möglicherweise als einen der Schwerpunkte für die nächste Konferenz vorzusehen. Denn letzten Endes habe die Tragfähigkeit der Zusammenarbeit auch etwas damit zu tun, daß die Bürgerinnen und Bürger zueinander fänden, und dies müsse insbesondere für die Jugendlichen gelten, die die Zukunft zu gestalten hätten.

Wie man der Resolution - insbesondere im Vergleich mit den Resolutionen der vergangenen Jahre - entnehmen könne, bestünden inzwischen ein großes Ausmaß an Übereinstimmung und eine realistische Einschätzung der gemeinsamen Probleme. Der Verlauf der Konferenz habe deutlich zum Ausdruck gebracht, daß durch ein Netzwerk von Kooperationen bisher ein hohes Maß an Gemeinsamkeiten geschaffen worden sei, was sich einerseits als Erfolg verbuchen lasse, andererseits aber auch dokumentiere, daß sich die parlamentarische Zusammenarbeit in einer Art Übergang befinde. Man habe derzeit relativ stabile Verhältnisse in der internationalen Kooperation, wohl aber hätten sich die Realitäten geändert. So dränge die Konferenz inzwischen selbst darauf, daß es zu konkreteren Antworten auf konkretere Fragen geben müsse und daß es zu anderen konkreteren Aufgaben an die Konferenz geben müsse. Dementsprechend müsse sich dann aber auch die Arbeitsweise der Konferenz ändern.

Die Begegnung von Parlamentarierinnen und Parlamentariern aus allen Parlamenten rund um die Ostsee, so fährt LP Heinz-Werner Arens fort, sei nach wie vor ein Wert an sich. Insbesondere während der ersten Konferenzen seien die Begegnungen der Parlamentarier und der Informations- und Erfahrungsaustausch sowie das Kennenlernen von herausragender Bedeutung gewesen. Dieser Wert an sich, den solche Begegnungen hätten, werde immer seinen Stellenwert behalten müssen; er sei sozusagen der soziale Kitt solcher Konferenzen. Darüber hinaus müsse man sich im klaren sein, daß diese Ostseekonferenzen keine Vorstufe eines Ostseeparlaments sein könnten. Wenn es in ferner Zukunft einmal zu einem Ostseeparlament kommen sollte, dann seien die heutigen Bedingungen, unter denen man jetzt arbeite, völlig zu ändern.

Vor diesem Hintergrund sei der Erfolg der Resolution, so allgemein gehalten sie sein möge, nicht zu unterschätzen. Die Konferenz stehe vor der Weichenstellung zu mehr Professionalisierung und zu konkreterer und intensiverer Zusammenarbeit.

Es sei darüber nachzudenken, sich frühzeitig für die nächste Konferenz, die in Danzig stattfinden werde, auf zwei oder drei Schwerpunkte zu verständigen, so daß die nationalen Parlamente sich inhaltlich sorgfältig auf diese Konferenz vorbereiten können. Neben den bereits genannten Jugendfragen könnten dies auch sicherheitspolitische Fragen sein. Die Reference group werde sich im November zu einer ersten vorbereitenden Sitzung treffen. Er

habe gebeten, anschließend die Parlamente darüber zu informieren, was inhaltlich für die nächste Konferenz vorgeschlagen werden sollte, damit aus den Parlamenten eine gezieltere Zuarbeit erfolgen könne.

Dieser Änderungsbedarf sei in der Konferenz bereits angesprochen worden. Grundsätzlich werde man Wert darauf legen, daß für die Beschlüsse weiterhin das Übereinstimmungsprinzip gelten müsse, wenn selbstverständlich auch immer eine offene Diskussion gewährleistet sein müsse. Eine Konferenz nur mit Mehrheitsbeschlüssen würde aufgrund der schwierigen außenpolitischen Konstellation sowie der unterschiedlichen Legitimationsebenen von nationalen und regionalen Parlamenten auseinanderzubrechen drohen.

Zwei Beschlüsse zur parlamentarischen Zusammenarbeit seien abschließend noch hervorzuheben:

1. Zur besseren Unterstützung bei der Gestaltung der parlamentarischen Zusammenarbeit und zur Umsetzung der Beschlüsse habe die bisherige Reference group den Status eines ständigen Komitees erhalten, in dem er, LP Heinz-Werner Arens, Schleswig-Holstein vertrete.
2. Aus Anlaß der Tausendjahrfeier Danzigs werde die 6. Konferenz 1997 in Danzig stattfinden. Er beabsichtige, die schleswig-holsteinische Delegation der 5. Konferenz in Kürze noch einmal einzuladen, um einen Erfahrungsaustausch über Riga mit Blick auf Danzig stattfinden zu lassen.

In der sich anschließenden Diskussion begrüßt Abg. Jost de Jager die Überlegungen hin zu konkreteren Themen auf den Konferenzen. Nach seiner Ansicht seien demgegenüber Diskussionen über Resolutionen von minderm Wert in ihrer Außenwirkung.

Abg. Bernd Saxe schließt sich dieser Auffassung an und denkt darüber hinaus an die Schaffung vorbereitender Ausschüsse.

LP Heinz-Werner Arens unterstützt diese Überlegungen, weist jedoch gleichzeitig auf die Schwierigkeiten hin, die das unterschiedliche Selbstverständnis der einzelnen Parlamente allein beispielsweise bei der Forderung nach Berichten mit sich brächten. Im Ergebnis könne es deshalb nur um eine Mischung von offener Diskussion und Themendiskussion gehen.

Der Vorsitzende schließt die Aussprache mit dem Hinweis, daß das Thema in der 5. Tagung des Landtages erneut zur Sprache kommen werde.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
über die Fördermittel der Europäischen Union für Schleswig-Holstein
1995 - eine Übersicht -**

Umdruck 14/43

(Fortsetzung der Beratung vom 19. Juni 1996)

Eingangs schlägt der Vorsitzende vor, zunächst noch einmal eine Grundsatzdebatte über die Fördermittel zu führen und dann bei Bedarf in späteren Sitzungen einzelne Fachressorts zur Beratung bestimmter Förderschwerpunkte hinzuzuziehen. - Der Ausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.

M Gerd Walter weist am Anfang seiner Berichterstattung auf die Bedeutung der Fördermittel für den Landeshaushalt hin. Zu unterscheiden sei zwischen dem Bereich der Mittel, die per se nach Schleswig-Holstein fließen, und dem Teil der Mittel, der durch aktive Akquisition für Schleswig-Holstein gewonnen werden könne. Dem letzteren, kleineren Teil des Gesamtbetrages, der nach Schleswig-Holstein fließe, sei stets die größere Aufmerksamkeit zu schenken. Es gebe einen steigenden Trend kleinerer und mittlerer Unternehmen, sich um solche Fördermittel zu bemühen. Auch die Beratungstätigkeit hierfür sei in Schleswig-Holstein inzwischen gewachsen.

Das gesamte Land sei davon gekennzeichnet, daß im Jahre 1994 weitreichende Entscheidungen zugunsten Schleswig-Holsteins bis zum Ende des Jahrtausend gefallen seien. Die Rahmenbedingungen für die Erzielung von EU-Geldern würden allerdings immer schwieriger. Zum einen stoße man in Teilbereichen an die finanziellen Grenzen, die EU-Mittel binden zu können; denn was die Strukturmittel des schleswig-holsteinischen Landeshaushalts angehe, stoße man an die Grenze der Bindungsmöglichkeiten.

Zum anderen müsse man sich sehr sorgfältig mit der Weiterentwicklung der EU-Finanzreform im Jahre 1999 beschäftigen sowie mit dem Thema der Strukturreform nach 1999 mit Blick auf die Osterweiterung der EU. Damit sei eine weitere Verschärfung der heute bereits strikt angewendeten Rahmenbedingungen für die Akquisition nach 1999 zu erwarten.

Hier spiele die Psychologie eine große Rolle. Es gehe um die Frage, wie in Deutschland die Probleme der EU-Finanzierung diskutiert werden. Sachsen sei dafür ein interessanter Seismograph. Die deutsche Diskussion komme in Brüssel mit folgendem Bild an: Deutschland

zahle zuviel, Deutschland wolle mehr Mittel zurückhaben und im übrigen wolle hauptsächlich Deutschland die Osterweiterung, von der alle wüßten, daß sie für alle EU-Mitglieder sehr teuer werde und einen Einschnitt in die jetzigen Besitzstände bedeute.

Hinzu komme folgender Tatbestand: Die Finanzminister der Länder hätten vor kurzem einen gemeinschaftlichen Denkanstoß zur EU-Finanzreform gegeben, über dessen Folgen man sich klarwerden müsse. Während der heute von den Finanzministern vorgeschlagene Berechnungsmodus für das vereinte Deutschland von Vorteil sei, sei ein solcher Vorschlag früher, als er von anderen Mitgliedsstaaten gemacht worden sei, von Deutschland abgelehnt worden. Solche Haltungen würden in Brüssel aufmerksam registriert und erschwerten die Forderungen Deutschlands für die Zukunft.

Die Frage, ob die EU auch in Zukunft ein Instrument der Solidarität im gemeinsamen Markt sein werde, werde heute kaum mehr diskutiert; dennoch müsse dies die zu erwartende Debatte in der Zukunft sein. Wer dabei gleichzeitig die Osterweiterung anstrebe, müsse sich klar sein, daß dies nicht mehr Mittel bringe, sondern vielmehr starke Einschnitte in die bisherige Strukturform nach sich ziehe.

Abschließend führt M Gerd Walter im Blick auf die Ostseepolitik aus, daß es hier erste neue Finanzierungsinstrumente gebe, wie sie auch im Bericht enthalten seien. Man müsse aber ganz offen sagen, daß diese Mittel bisher nicht ausreichten und daß die Antragsprozedur im Grunde zu kompliziert sei. Es würden Doppelstrukturen aufgebaut, und es würden insbesondere mit dem neuen INTERREG II C-Programm eher Schwierigkeiten als Erleichterungen auftreten. Von der Nutzerseite her sei damit die Situation außerordentlich unbefriedigend, nicht zuletzt, weil die Hauptsumme, die immer in den Statistiken erscheine, wenn die Kommission darüber berichte, wieviel für die Ostseeregion getan werde - nämlich weit über 90 % - Mittel für das PHARE- und für das TACIS-Programm seien. Diese Mittel stünden zu 99 % nicht für die Finanzierung der Ostseezusammenarbeit zur Verfügung, sondern für bilaterale Maßnahmen zwischen Moskau und Brüssel.

Im Mittelpunkt der sich anschließenden Diskussion stehen Fragen nach den Erfolgsquoten der Mittel-Akquisition, nach den Schwierigkeiten bei der Antragstellung und nach Hilfen für eine richtige Antragstellung.

Der Vorsitzende schließt die Diskussion mit der Bitte an die Fraktionen, darüber nachzudenken, welche Fachressorts für die weitere Beratung über die EU-Fördermittel in späteren Sitzungen hinzugeladen werden sollen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Jugendaustausch im Ostseeraum
Berichte des

- a) Ministeriums für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau**
- b) Landesjugendrings**

Der Vorsitzende nennt als Grund für die Anberaumung dieses Tagesordnungspunktes einen entsprechenden Wunsch des Landesjugendrings.

St Dr. Ursula Müller trägt zunächst die Maßnahmen des MFJWS über den Jugendaustausch im Ostseeraum vor (siehe Anlage 1).

Der 1. Vorsitzende des Landesjugendrings, Hans-Jürgen Kütbach, beginnt seine Ausführungen mit einem Dank für die Gelegenheit, dem Ausschuß einen Vortrag halten zu dürfen. Er legt Wert auf die Feststellung, daß das Land als "Ersatzzentralstelle" für alle Jugendgruppen und -vereine fungiere, die keinem bundesweit organisierten Träger angehörten. Leider müsse aber gesagt werden, daß die Ausgleichsfunktion nicht das kompensiere, was auf Bundesebene für die bundesweit organisierten Vereine getan werde.

Die Zusammenarbeit im Ostseeraum habe sich in den letzten acht Jahren wesentlich geändert. Während es zunächst auf regionaler Ebene lediglich eine Zusammenarbeit der Verantwortlichen mit zwei finnischen Provinzen im Bereich des Jugendtaustausches gegeben habe, fänden sich heute vielfache Jugendkontakte dieser beiden Partnerregionen, und man versuche auch, über einzelne Maßnahmen wie Partnerbörsen und Ähnliches die einzelnen Jugendgruppen miteinander in Kontakt zu bringen.

Im Bereich der Zusammenarbeit mit weiteren Regionen gebe es zum einen das Ostsee-Jugendbüro und zum anderen die Ostseejugendkonferenzen. Die heute bereits vorhandene Vielfalt von Jugendkontakten, so betont Herr Kütbach, wäre ohne das Ostsee-Jugendbüro nicht denkbar, wobei Herr Dr. Goss aufgrund seines Naturells ein einmalig geeigneter Mittler sei, dem es nicht schwerfalle, auch auf Personen zuzugehen und personelle Kontakte zu knüpfen.

Seit 1989 fördere das Land die Ostseejugendkonferenzen regelmäßig. Mit diesen Konferenzen würden auch Zielgruppen angesprochen, die sich sonst im Ostseeraum nicht treffen könnten. In der Zeit der alten europäischen Strukturen habe man zwar ähnliche Veranstaltungen gehabt, es habe sich dabei aber im Grunde um so etwas wie KSZE im Jugendbereich gehandelt. Nach dem

Zusammenbruch der alten Strukturen sei allerdings die gesamte Jugendarbeit des Ostseeraumes zunächst in ein tiefes Loch gefallen; sie habe sich aber schnell hin zu neuen Strukturen entwickelt und 1989 seien erstmals die im Entstehen befindlichen Jugendorganisationen in den baltischen Staaten und in Rußland zusammen mit den skandinavischen Staaten an einen Tisch gebracht worden.

Ein wesentliches Ergebnis der Jugendkonferenz von 1989 sei der Ruf nach Fortsetzung gewesen, um in einem festen Forum über praktische Fragen der Jugendarbeit diskutieren zu können. Darüber hinaus sei das Ostsee-Jugendbüro aus der Konferenz 1989 hervorgegangen. Außerordentlich befruchtend sei, daß die unterschiedlichsten Jugendverbände die weiteren Konferenzen mit den unterschiedlichsten Themen gestaltet hätten. Dabei könne festgehalten werden, daß viele der Teilnehmer für ihre weitere Tätigkeit interessante Impulse bekommen hätten, von denen manchmal auch ein Feedback gekommen sei.

Im weiteren schildert Herr Kütbach die Koordinationsbemühungen mit Mecklenburg-Vorpommern für die Neugestaltung der Jugendkonferenzen; er tritt dabei auch für die Einführung von Fachkonferenzen ein.

Anschließend referiert der Leiter des Ostsee-Jugendbüros, Herr Dr. John Goss, über die Aktivitäten des Landesjugendrings im Ostseebereich. Er betont, daß es sich bei den Veranstaltungen des Landesjugendrings in erster Linie um Veranstaltungen für Moderatoren und Multiplikatoren handele. Der Jugendaustausch selbst werde von den Mitgliedsverbänden organisiert.

Zu den Maßnahmen gehörten zum einen die Hospitation und zum anderen Delegationsbesuche. Ziel sei es stets dabei, den ausländischen Organisationen die Jugendbetreuungsmaßnahmen des Landes näherzubringen.

Herr Dr. Goss schließt seine Ausführungen mit einem Hinweis auf den Wunsch der polnischen Partner, das Ostsee-Jugendbüro möge die Koordination des Jugendtreffens aus dem gesamten Ostseeraum im Jahre 1997 in Danzig übernehmen. Dies werde aber nur gelingen, so betont Herr Dr. Goss, wenn die notwendigen finanziellen Mittel für eine zusätzliche Kraft zur Verfügung gestellt werden.

Bei der sich anschließenden Diskussion stehen Fragen um die Reisekosten für die östlichen Partnerländer, insbesondere Rußland und Finnland, wie auch der zum Teil noch vorhandene Visumszwang im Mittelpunkt der Diskussion. Auch die Unzulänglichkeit von

Erfolgskontrollen über die Auswirkungen der Zusammenkünfte, die Informationstätigkeit des Landesjugendrings zu Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten, die technischen Schwierigkeiten beim Austausch von Jugendgruppen bezüglich der Einrichtungen für Jugendliche in den östlichen Ländern und die bürokratischen Hürden zu langer Antragsfristen in Deutschland werden erörtert.

Der Vorsitzende greift zum Schluß der Diskussion die Anregungen von DirL Dr. Jürgen Schöning auf, auf parlamentarischer Ebene eine Aufforderung an Bonn zur Erleichterung der Visapflicht zu formulieren. Er schließt die Beratung mit der Feststellung, daß es für die Ausschubarbeit von großem Nutzen sei, auch von außerparlamentarischer Seite Informationen einzuholen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Folgende Punkte werden angesprochen:

1. Der Vorsitzende verweist bezüglich der geplanten Informationsreise des Ausschusses zum Hanse-Office in Brüssel auf das Delegationsprinzip und schlägt mit Hinweis auf die diesbezügliche Erörterung auf Verwaltungsebene und im Ältestenrat vor, die Festlegung der Reise bis zu einem vom Landtagspräsidenten vorgesehenen Gespräch mit den Ausschußvorsitzenden zurückzustellen. Er nimmt den Wunsch des Ausschusses mit, in dem Gespräch darauf hinzuwirken, daß nicht nur eine Delegation, sondern der ganze Ausschuß auf entsprechenden Informationsreisen vertreten sein sollte.
2. Der Ausschuß stimmt der Bitte des Ministers für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten zu, die für Montag den 25. November 1996, vorgesehenen Haushaltsberatungen zum Einzelplan des Europaministers mit den Beratungen des Justizministers aus zeitökonomischen Gründen am Mittwoch, dem 27. November 1996, zusammenzulegen. Ein entsprechender Vorschlag wird an den Vorsitzenden des Finanzausschusses ergehen.
3. Es wird Einigung erzielt, die der Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und den Landesparlamenten dienenden und vom Nordrhein-Westfälischen Landtag an alle Landtage übersandten Protokolle des EU-Ausschusses des Bundestages bei L 150 zur Einsicht auszulegen.
4. DirL Dr. Jürgen Schöning unterbreitet ein Angebot zur Einrichtung eines Englischkurses für Abgeordnete im Landeshaus (siehe Anlage 2) und bittet, bis zur nächsten Sitzung in Leck Überlegungen zur Einrichtung eines solchen Kurses anzustellen.

Nächste Sitzung: Mittwoch, 23. Oktober 1996, Leck

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:45 Uhr.

gez. Uwe Döring
Vorsitzender

gez. Dr. Ursula Haaß
Geschäfts- und Protokollführerin